

Moeller, Kay

Research Report

Taiwan nach den Parlamentswahlen: Peking verliert

SWP-Aktuell, No. 27/2001

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Moeller, Kay (2001) : Taiwan nach den Parlamentswahlen: Peking verliert, SWP-Aktuell, No. 27/2001, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254356>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Taiwan nach den Parlamentswahlen

Peking verliert

Kay Möller

Der Erfolg der Democratic Progressive Party (DPP) bei den taiwanesischen Parlamentswahlen vom 1. Dezember 2001 ist ein weiteres Indiz für die Festigung einer eigenständigen Identität der Inselrepublik. Nach dem Wahlsieg des DPP-Kandidaten Chen Shuibian in den Präsidentschaftswahlen des Vorjahres hatte die Volksrepublik China versucht, Chen mit Hilfe konservativer politischer und Wirtschaftskreise in Taiwan zu demontieren, um der Unabhängigkeitsprogrammatik seiner Partei gegenzusteuern. Das Scheitern dieser Strategie trotz Wirtschaftskrise spricht für die Reife der Demokratie in Taiwan, aber auch für kurzfristig neue Spannungen zwischen Taipei und Peking.

Obwohl keine der vier wichtigsten Parteien aus den Wahlen vom 1. Dezember mit absoluter Mehrheit hervorgegangen ist, kann man nunmehr, nach diesen und den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000, von einem endgültigen Machtwechsel sprechen.

Die seit 1949 dominante Nationalistische Partei (Kuomintang, KMT) des früheren Vizepräsidenten Lien Chan muß ihre Mehrheit an die DPP abgeben. Zuvor hatten sich zwei neue Parteien von ihr abgespalten: im Jahr 2000 die konservative People First Party (PFP) des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Taiwan, James Soong, und im Sommer 2001 die wie die DPP für die Unabhängigkeit der Insel von China Eintretende Taiwan Solidarity Union (TSU), deren Gründung vom früheren Präsidenten Lee Teng-hui inspiriert worden war.

Die TSU errang aus dem Stand 13 von 225 Sitzen. Hauptsächlicher Nutznießer des Einbruchs der KMT (von 110 auf 68 Mandate) war die PFP, die 46 Sitze gewann. Demnach würden 13 KMT-Überläufer genügen, um DPP und TSU zusammen eine Regierungsmehrheit zu verschaffen.

Das spektakulärste Ergebnis der Wahl war die Tatsache, daß sich die DPP trotz Negativ-Wachstums (s.u.) von 66 auf 87 Sitze verbessern konnte. Ursächlich hierfür war eine schwelende Grundsatzdebatte, die das Wirtschaftsthema schließlich überlagerte. So wurde der Wahlkampf einmal mehr von der sogenannten »ethnischen« Frage dominiert und konfrontierte »einheimische Taiwanesen« (vornehmlich die Nachkommen von seit dem 17. Jh. zugewanderten Hokkien- und Hakka-Chinesen, insgesamt ca. 85% der Bevölkerung) mit

»Festländern« (Chinesen, die 1949 mit Chiang Kai-shek vor den siegreichen Kommunisten nach Taiwan geflohen waren; heute ca. 15% der Bevölkerung). Verantwortlich für diese Entwicklung war der frühere Präsident Lee Teng-hui (1988–2000), der der eigenen KMT vorgeworfen hatte, die Interessen der »Taiwanesen« an Peking zu verkaufen. Lee gab im August 2001 den Anstoß zur Gründung der TSU mit dem ausdrücklichen Ziel, Chen Shuibian zu einer parlamentarischen Mehrheit zu verhelfen. Die KMT schloß ihn im September aus und sah sich seither dem Vorwurf ausgesetzt, nurmehr die Interessen der festländischen Minderheit zu vertreten.

Strukturprobleme

Im Jahr 2001 verzeichnete Taiwan infolge der globalen Konjunkturschwäche erstmals seit 50 Jahren eine Rezession, wachsende Arbeitslosigkeit und eine Rekord-Kapitalflucht nach China. Verantwortlich dafür waren neben der rückläufigen Welt Nachfrage nach Produkten der Elektro- und Elektronikindustrie ein angeschlagenes Finanzsystem und das staatlich geförderte Überleben nichtprofitabler Produktionszweige. Gleichzeitig nahm die Wettbewerbsfähigkeit der gegenüberliegenden chinesischen Küstenprovinzen in denjenigen Sektoren dramatisch zu, aus denen Taiwan traditionell seine Exporterfolge speist.

Chen Shuibian gelang es durch Einberufung einer »nationalen Wirtschaftskonferenz« im Juli, das Thema im Wahlkampf zu neutralisieren. Die wirtschaftspolitischen Strategien der Parteien unterschieden sich allenfalls in bezug auf den politischen Preis für die Erschließung des Festlandsmarkts (s.u.), und der Präsident hatte noch vor der Wahl die Gründung einer »nationalen Allianz für Stabilität« angekündigt.

Taiwans volkswirtschaftliches Fundament bleibt mit einer mittelständischen Struktur und hohen Devisenreserven stabil. Mit ihrem Beitritt zur Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO)

dürfte die Insel ihre (über kulturelle Verwandtschaft und Pekinger Politik erlangte) Sonderstellung auf dem chinesischen Markt (s.u.) schrittweise durch eine wieder verbesserte weltweite Wettbewerbsfähigkeit ersetzen.

Auch das politische Fundament erscheint nach den Wahlen insofern stabil, als sich die junge Demokratie einmal mehr bewährt und die Parteienlandschaft sich jedenfalls im Ansatz konsolidiert hat. Auch wenn die KMT an ihren starken Einbußen zerbrechen sollte, bestätigt sich der Trend hin zu zwei großen politischen Blöcken.

Die Parteien müssen nun allerdings erstmals ihre Fähigkeit unter Beweis stellen, tragfähige Koalitionen einzugehen. Diese Fähigkeit wird durch ein weiteres Strukturproblem behindert. Taiwans semi-präsidentielle Verfassung sieht vor, daß der Premierminister zwar vom Präsidenten bestellt wird, aber einem Parlament verantwortlich ist, das ihn wahlweise blockieren oder auf Kosten des Präsidenten stärken kann. Nach den Präsidentschaftswahlen vom März 2000 hatten sich eine von der DPP geführte Regierung und eine von der Opposition beherrschte Legislative die Macht streitig gemacht, was trotz der Aufnahme von KMT-Mitgliedern ins Kabinett Fundamentalopposition und eine Lähmung der Exekutive zur Folge hatte.

Hinzu kommt ein Wahlrecht, bei dem der Wähler nur eine Stimme hat, gegebenenfalls aber mehrere Vertreter derselben Partei in einem Wahlkreis antreten, was vielfach dazu führt, daß Wahlkämpfe von lokalen Themen beherrscht werden.

Das Chinaproblem

Ausgerechnet der Führer der (programmatisch auf Unabhängigkeit eingeschworenen) DPP ist China seit seiner Wahl im März 2000 weiter entgegengekommen als sein nationalistischer Vorgänger. Chen Shuibian hat (unter der Bedingung eines Pekinger Gewaltverzichts) sowohl eine Unabhängigkeitserklärung als auch eine Zweistaatenformel ausgeschlossen und Obergrenzen

für Investitionen auf dem Festland sowie das Verbot für den direkten Handel mit dem Festland grundsätzlich aufgehoben. Er hat es allerdings abgelehnt, das sogenannte »Ein-China-Prinzip« als Ausgangspunkt für Gespräche zu akzeptieren, und wurde deshalb bisher von Peking geschnitten. Die Volksrepublik identifiziert das »eine China« implizit mit sich selbst und betrachtet Taiwan in diesem Rahmen bestenfalls als Provinz mit gewissen Sonderrechten.

Anstelle von Chen hat Peking bisher die taiwanische Wirtschaft und die konservativen Oppositionsparteien umworben, was allerdings nicht dazu führte, daß deren chinapolitische Kompromißvorschläge (Gemeinsamer Markt, Konföderation) auf dem Festland akzeptiert worden wären. Ersatzweise wird der Insel ein »erweitertes Hongkong-Modell« angeboten, das ihr die Beibehaltung des eigenen Regierungssystems und sogar eigener Streitkräfte garantieren soll, sie aber trotzdem in eine untergeordnete Rolle zwingt.

Angesichts der heute schon beträchtlichen Abhängigkeit Taiwans vom chinesischen Markt hatten KMT und PFP erfolglos versucht, Chens Ablehnung des »Ein-China-Prinzips« dafür verantwortlich zu machen, daß das Potential dieses Marktes bisher nicht voll ausgeschöpft werden konnte. Peking seinerseits sah sich in den vergangenen Monaten zunehmend in dem Glauben bestärkt, Taipei aus einer Position der Stärke heraus begegnen zu können, eine Erwartung, die mit den Wahlen vom 1. Dezember jedenfalls zum Teil enttäuscht wurde.

Die Taiwanfrage ist für jede Führung der Volksrepublik vornehmlich ein Legitimitätsproblem, dessen Bedeutung vor dem Hintergrund des (2002/03 anstehenden) eigenen Führungswechsels stetig wächst. Außerdem bestehen zwischen Chinas zivilen und militärischen Eliten traditionell Meinungsverschiedenheiten über die zeitlichen und inhaltlichen Perspektiven einer friedlichen Vereinigung.

Ob eine militärische Option ernsthaft in Erwägung gezogen wird, hängt weniger

vom Kräftegleichgewicht in der Taiwan-Straße ab (das Peking auf absehbare Zeit benachteiligt) noch vom Stand der Wirtschaftsbeziehungen (die sich einmal mehr als politisch neutral erwiesen haben), als von der inneren Stabilität der Volksrepublik und dem Kalkül ihrer militärischen Führung. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß letztere von der irrigen Annahme geleitet wird, die USA könnten sich im Falle einer militärischen Konfrontation in der Taiwan-Straße entweder neutral verhalten oder auf dem Weg der Zermürbung zum Rückzug gezwungen werden.

Washington hat in dieser Frage in der Vergangenheit eine Doppelstrategie aus strategischer Ambiguität und Quasi-Vermittlung verfolgt, bei der beide Seiten zur Zurückhaltung gedrängt wurden. Wenn Präsident Bush diesen Ansatz im April 2001 mit einem Bekenntnis zur Verteidigung Taiwans hinterfragte, dann sowohl aus innenpolitischen Gründen als auch aus Einsicht in die zunehmend auseinanderlaufenden Identitäten auf beiden Seiten der Taiwan-Straße. Der derzeitige antiterroristische Imperativ mag die taiwanpolitische Rhetorik der Administration gedämpft haben, aber die zugrundeliegenden Dynamiken bleiben unverändert. Bush hat sowohl die Rüstungsexporte nach Taiwan als auch die militärische Zusammenarbeit mit der Inselrepublik intensiviert, und es gibt in den USA wenig ernstzunehmende Kritik an dieser Linie.

Das Konfliktrisiko steigt

Das Wahlergebnis vom 1. Dezember wird zumal dann zu neuen Spannungen zwischen Peking und Taipei führen, wenn Chen Shuibian bei der Regierungsbildung eher auf eine Spaltung der KMT setzen sollte als auf eine große Koalition oder eine Koalition unter Einschluß der PFP. Sein Verzicht auf eine offizielle Unabhängigkeitserklärung wird in Teilen der DPP kritisch gesehen, und die Pro-Unabhängigkeitsfraktion dürfte künftig weiter erstarken.

Den ersten Test für die künftige Koexi-

stenz beider Seiten liefert ihre im November 2001 beschlossene Aufnahme in die WTO. Nachdem Chen sich grundsätzlich zu direkten Handels-, Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen mit dem Festland bekannt und Begrenzungen für Investitionen auf dem Festland aufgehoben hat, müssen sich beide Seiten nun über die technischen Einzelheiten verständigen.

Theoretisch könnte Taipei dabei versuchen, eine Verknüpfung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem »Ein-China-Prinzip« durch Internationalisierung im Rahmen der Organisation zu verhindern. Peking hat allerdings bereits angekündigt, diesbezügliche Verhandlungen nicht im Rahmen der WTO führen zu wollen (abgesehen davon bekennen sich die WTO-Mitglieder mehrheitlich zum »Ein-China-Prinzip«, das heißt, sie erkennen Taiwan nur als Zollterritorium an). Da mit einem schnellen konjunkturellen Umschwung auf der Insel kaum gerechnet werden kann, wird viel davon abhängen, ob sich Chen bei diesen Verhandlungen innenpolitisch auf eine breite Mehrheit stützen kann.

Taiwans konsolidierte Identität und der im regionalen Vergleich hohe Reifegrad seiner Demokratie sind nicht zuletzt Folgen der Abgrenzung vom Festland und dessen autoritärem System. Was die Parteien in der Chinapolitik unterscheidet, sind folglich mehr Fragen des Stils als der Substanz – mit rein chinapolitischen Themen ist keine Wahl zu gewinnen (so verdankte Chen seinen knappen Sieg im März 2000 mehr seinem Eintreten gegen Korruption als einem chinapolitischen Programm).

Chinapolitik bleibt allerdings für die polemische Streitfrage bedeutsam, wessen Interessen die verschiedenen Parteien in Taiwan glaubwürdig wahrnehmen können. Dieses Kriterium macht die PFP mit ihrem Bekenntnis zu Arrangements mit dem Festland verwundbar und könnte die KMT in eine neue Existenzkrise führen, sollte sich die »einheimische« Anhängerschaft endgültig von ihr abwenden.

Ob und wie weitgehend sich die beiden entgegengesetzten Nationalismen in Taipei

und Peking in die Quere kommen, hängt in erster Linie davon ab, wieviel Toleranz die chinesische Führung für Taiwans De-facto-Unabhängigkeit aufbringen kann. Das Einparteienregime ist dabei mit dem Dilemma konfrontiert, daß seine Legitimation sowohl bei erfolgreicher Reform des eigenen sozio-ökonomischen Systems als auch im Falle eines Scheiterns der Reform weiter abnimmt. Im ersten Szenario müßte sich der Staat zunehmend zugunsten privater Akteure aus Gesellschaft und Wirtschaft zurückziehen; im zweiten würde er das verbliebene Vertrauen der Basis vollends verspielen.

Eine neue Rolle für Europa?

Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten könnten angesichts der Perspektive neuer Spannungen in der Taiwan-Straße in den nächsten Jahren unter Druck geraten, ihre bisher wenig verbindliche Haltung zur Taiwanfrage zu überprüfen. Appelle zu Verhandlungen und Gewaltverzicht dürften nicht mehr genügen, sollte eine der beiden Seiten die andere eines Bruchs der WTO-Regeln bezichtigen. Hierzu wie in der Frage einer militärischen Konfrontation wird die Aufnahme transatlantischer Konsultationen zu Fragen nordostasiatischer Sicherheit zunehmend dringlich. Auch wenn die meisten EU-Mitglieder vermutlich weder fähig noch willens wären, zum Beispiel aktiv in eine Konfrontation in der Taiwan-Straße einzugreifen, wären sie politisch zur Stellungnahme gezwungen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2001
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Gestaltungskonzept
Gorbach Büro für Gestaltung und Realisierung
Buchendorf